0341 . 30 68 235

GAMMA

1/04
15.Januar 2004
#146

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Deutsche Flüchtlingspolitik

Bahnsdorf (Brandenburg). Wegen der Austeilung neuer, personengebundener Wertgutscheine kam es im Flüchtlingsheim zu Aufruhr, die Heimleitung rief die Polizei, welche massiv anrückte und Platzverweise austeilte. Mit den Gutscheinen können nur in bestimmten Geschäften in nur mit Bus erreichbaren Nachbarorten ausschließlich Lebensmittel eingekauft werden. Die Flüchtlinge fordern die Auszahlung von Bargeld. (inforiot)

Darmstadt, 3.1. Rund 30 Jugendliche haben gegen die geplante Abschiebung einer kurdischen Familie demonstriert, die seit 11 Jahren in Darmstadt lebt. Der Vater war wegen staatlicher Repressionen der türkischen Regierung nach Deutschland geflohen. Die kurdische Familie lebt seit acht Jahren in Darmstadt. Die Kinder gehen dort zur Grundschule und in das Gymnasium. Eine Abschiebung, die für den 15. Januar angesetzt ist, würde nach den Worten der Protestler die Familie aus ihrem sozialen Umfeld reißen. Dem Vater drohe zudem nach der Rückkehr Gefängnis.

Köln-Poll, 17.12. Um sechs Uhr fuhren MitarbeiterInnen des Ausländeramtes in Begleitung der Polizei bei 24 Flüchtlingsunterkünften im gesamten Stadtgebiet vor. Bei sich hatten sie eine Liste mit den Namen von 85 Personen, die abgeschoben werden sollten. Nur 32 von ihnen wurden angetroffen, oft kamen die Bediensteten zu spät. Am Nachmittag wurden dann vom Düsseldorfer Flughafen mehr als 100 Flüchtlinge aus ganz Deutschland mit einer Chartermaschine nach Belgrad abgeschoben. (Kölner Stadtanzeiger 18.12.)

Wuppertal, 9.12. Nach einer Entscheidung des Arbeitsgerichts ist die Anweisung eines Geschäftsführers, in seinem Kosmetikunternehmen keine Türkinnen einzustellen, juristisch nicht anfechtbar. Der Fall ging vor Gericht, weil ein Mitarbeiter des Unternehmens gegen seine Kündigung klagte, die er erhielt, weil er den diskriminierenden Anweisungen seines Chefs nicht Folge leisten wollte. Der Richter beurteilte die Kündigung als rechtmäßig. Da es in Deutschland kein Antidiskriminierungsgesetz gebe, könne jeder Unternehmer selbst entscheiden, wen er einstellen wolle und wen nicht, befand der Richter. (JW 17.12.)

Naziübergriffe

Eutin, 1.1. Ein 16-jähriger Skinhead aus Malente in Schleswig-Holstein hat in der Neujahrsnacht einen 20-jährigen Deutschen russischer Herkunft mit einem Klappmesser niedergestochen. Während einer Silvesterfeier in Eutin sei es zu einem Streit zwischen dem 16-Jährigen und dem 20-Jährigen gekommen. Auf der Straße habe der Täter dann mehrfach mit einem Messer auf den 20-Jährigen eingestochen und ihn schwer verletzt. Nach einer Notoperation sei sein Gesundheitszustand stabil. Der Tatverdächtige wurde in der Wohnung seiner Mutter festgenommen. Bei seiner Vernehmung bezeichnete er sich als Skinhead und nannte als Motiv Ausländerhass. (FR 3.1.)

Berlin, 14.12. Ein 35-Jähriger aus Benin ist von zwei 18- und 30-jährigen Männern in einer Berliner Straßenbahn beleidigt und mit einem Messer bedroht worden. Dem Beniner gelang es, die Notbremse zu ziehen. Aufmerksam gewordene Fahrgäste informierten die Polizei, die nach ersten Ermittlungen von einem rassistischen Angriff sprach. Der Straßenbahnführer hielt die Türen bis zum Eintreffen der Beamten geschlossen. Beide Täter wurden festgenommen. Sie seien bereits wegen Eigentumsdelikten, Beleidigung und Körperverletzung bekannt. (FR 16.12.)

Brandenburg, 9.12. Auf den Friedhöfen in Kleinmachnow und Teltow beschmierten Unbekannte mehrere Grabsteine und eine Friedhofskapelle mit nationalsozialistischen Symbolen und Satanskreuzen. (JW 17.12.)

Naziaktivitäten und Gegenaction

Dresden, 13.1. An der Montagsdemo gegen Sozialabbau nahmen wieder Nazis mit eigenem Transparent teil. Antifas postierten sich vor der Demo mit Transpis, worauf sich die gleichen BürgerInnen, die kein Problem mit der Anwesenheit der Nasen haben, auf die Antifas konzentrierten, sie bepöbelten und es zu Schubsereien kommen ließen. Die Antifas unterbanden daraufhin einen Redebeitrag mit Sprechchören, es flogen noch Knaller in den Aufmarsch und der Zug von Nazis und BürgerInnen zog gemeinsam von dannen.

Berlin, 10.1. Etwa 200 Neonazis aus dem Spektrum der freien Kameradschaften marschierten unter dem Schutz der Polizei und begleitet von Protesten durch Lichtenberg. Angemeldet hatte den Aufmarsch Christian Worch, um gegen das Ende Dezember ausgesprochene Urteil des Berliner Kammergerichts gegen die Neonazi-Band Landser zu demonstrieren. An einer Kreuzung gelang es einigen der 300 GegendemonstrantInnen, zeitweilig das Fronttransparent der Nazis herunterzureissen. (indymedia 11.1.)

Dresden, 3.1. In der eher als alternativ bekannten SCHEUNE in Dresden-Neustadt fand ein Metalkonzert u.a. mit der Pirnaer Band SAXORIOR statt. Diese Band und ihre Mitglieder bewegen sich teilweise im offen neonazistischen Spektrum und pflegen auch Kontakte zur rechtsextremistischen Metal-Szene. Eines der Mitglieder von SAXORIOR war Mitglied der Neonaziband 14 NOTHELFER, die sich aus Führungsmitgliedern und Sympathisanten der inzwischen verbotenen Kameradschaft SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) zusammensetzte. Der Sänger der Band SAXORIOR betreibt in Pirna ein Tonstudio, in welchem CDs von 14 NOTHELFER und MAGOG produziert wurden. MAGOG ist eine rechtsextremistische Metalband ebenfalls aus der Sächsischen Schweiz und besteht aus ehemaligen SSS-Mitgliedern und Sympathisanten. Auf diese Fakten im Vorfeld hingewiesen, reagierte der Veranstalter des Konzerts in der Scheune nicht. Lediglich mit einer am Eingang befestigten Verlautbarung wurde bekanntgegeben, dass es sich "nicht um eine politische Veranstaltung" handele und wer das anders sehe, sei nicht willkommen und werde ggf. des Hauses verwiesen.

Karlsruhe, 23.12. Ca. 50 Nazis sind durch Karlsruhe gelaufen. Sie protestierten gegen das Landser-Urteil und das Verbot ihrer für Silvester angemeldeten Demo. (garfield)

Niederwürzbach, 13.12. Es fand ein Konzert mit der saarländischen Naziband „Jungsturm" statt. Diese spielte schon mit bekannten Nazibands wie zum Beispiel „Oidoxie", aus Nordrhein-Westfalen und „Reinheitsgebot" zusammen. Ort des Geschehens war die Kneipe „Backstein". Zu diesem Anlass trafen sich schätzungsweise 30 Nazis aus der näheren Umgebung wie Neunkirchen, Saarlouis, St. Wendel und Zweibrücken. (garfield 15.12.03)

Urteile gegen Nazis

Leipzig, 12.1. Der 37jährige Gastwirt Andreas R. aus Leipzig, der am 17.9.2003 im Umfeld des Worch-Aufmarschs am Bahnhof lautstark (verbotene)-Lieder der Band Landser aus seinem Auto heraus abgespielt hatte, wurde zu knapp 700 Euro Geldstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt.

Dortmund. Der langjährige Anführer diverser neofaschistischer Gruppen, Siegfried Borchardt, genannt SS-Siggi, sitzt zur Zeit im Knast in Bielefeld Brackwede II ein. Eine Berufung gegen eine weitere Verurteilung zu vier Monaten Haft hat er zurückgenommen. Borchardt war Mitte des Jahres 2002 in einem VW-Bus an einer Antifa-Kundgebung vorbeigefahren, hat den Hitlergruß gezeigt und einen Polizeibeamten als »Wichser« bezeichnet. Er wird bis Ende 2004 einsitzen. (jW 11.12.)

Lengsfeld at home

Die Ex-DDR-Bürgerrrechtlerin, Ex-SED-Mitglied, Ex-Grüne und aktuelle CDU-Abgeordnete Vera Lengsfeld hat der rechtsextremen Zeitung *Junge Freiheit* „bewußt" ein Interview gegeben. Darin nahm sie Martin Hohmann in Schutz und bezeichnete seinen Ausschluß aus der Fraktion als „Treibjagd", die einer Eliminierung gleichkäme. (jW 20.12.03)

Schill not at home any more

Der frühere Hamburger Innensenator Ronald Schill hat seiner Ex-Partei verboten, weiter den Namen "Schill" zu führen. Er kündigte seine erneute Kandidatur für die Bürgerschaft an. Sollte ihm die "Rückeroberung der in die Hand von Abtrünnigen geratenen Partei" nicht gelingen, werde er mit einer neuen Gruppierung antreten. Sollte er an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, kündigte Schill seine Auswanderung an. (FR 20.12.03)

Silvester am Kreuz...

Zum Jahreswechsel fuhr am Connewitzer Kreuz traditionsgemäß Polizei auf. Diesmal aber mit etwas massiverer Präsenz, wie angesichts ihrer sinnlosen Übergriffe nach einer Schneeballschlacht am selben Ort anderthalb Wochen zuvor zu erwarten war. Es kam, wie es kommen musste. Es flogen Silvesterknaller, Jugendliche fanden sich bereit, die Haltestelle zu entglasen, noch mehr waren interessiert, sich daraufhin mit den prügelbereiten Einsatzkräften anzulegen, es gab auf beiden Seiten Verletzte und viel Gerenne. Wasserwerfer und Räumpanzer wurden eingesetzt, das Kreuz und angrenzende Straßen wurden derart mit Tränengas eingenebelt, dass sich selbst der LVZ-Korrespondent beschwerte. Zwölf Polizeibeamte wurden verletzt und eine unbekannte Anzahl weiterer Menschen – etliche Berichte sprechen von brutalen Prügeleinsätzen mit beispielsweise Platzwunden als Folge. 16 Leute wurden vorübergehend festgenommen. Versuche, Kneipen und Konzerträume zu stürmen, konnten abgewendet werden.

Autofahren total überwacht

Wie jetzt bekannt wurde, hat das brandenburgische Innenministerium im vergangen Sommer einen ersten Einsatztest für automatische Autonummern-Scanner durchgeführt. Damit werden Autonummern an wichtigen Straßen oder Kreuzungen von Kameras aufgenommen und automatisch mit einer Datenbank verglichen. Die Polizei beteuerte, das Land wolle die Technik keinewegs im Alleingang anschaffen – was wohl eher als Drohung zu verstehen ist. Immerhin liebäugeln auch die Innenministerien mehrerer anderer Bundesländer mit der unterschiedslosen Überwachungstechnik. An der bayrisch-tschechischen Grenze gab es bereits einen Versuch, ebenso am Rennsteigtunnel in Thüringen.

Was wird wohl diesmal als Rechtfertigung für die Kontrollgier von Polizistenhirnen vorgeschoben werden? Das Potsdamer Innenressort weiß schon was: Die Scanner könnten etwa „präventiv eingesetzt werden, um Suizidwillige zu lokalisieren, die ihren Freitod angekündigt haben."...

In der Tat propagieren die Überwachungsorgane unverhohlen den präventiven Einsatz der Scanner. Dass es dabei keinerlei Beschränkungen geben soll und die Schnüffler nach Gutdünken mit den Daten umgehen wollen, zeigen Statements wie: „Die Polizei könnte frühzeitig erkennen, ob sich *verdächtige* Personen, die eine Straftat begehen *könnten*, bestimmten Orten *nähern*." (Brandenburg) oder Datenerhebenungsrichtlinien wie: „Daten dürfen durch den Einsatz technischer Mittel nicht nur zur Verfolgung von Straftaten erhoben werden, sondern auch zur Verfolgung von *Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung*, zur Gefahrenabwehr, ins besondere zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten, oder zur *Behebung einer bestehenden Beweisnot*..(Entwurf neues Polizeigesetz Rheinland-Pfalz).(Märk.Allg.Ztg. 10.1.)

Datenschützer protestierten zurecht, dass mit den Scannern ein flächendeckendes Netz zur Generalregistrierung allen Autoverkehrs und zur Erstellung von Bewegungsprofilen möglich und geplant sei. In Brandenburg sei nach den Worten des Innenminsteriumssprechers jedoch „auch aus finanziellen Gründen kein flächendeckendes Scanner-Netz geplant, sondern der mobile Einsatz der Technik. Einen Missbrauch wird es nicht geben, denn jeder sollte davon ausgehen, dass sich Polizisten rechtsstaatlich verhalten". Sagt er. (infonot 12.1.)

Vorbeugende DNA-Probe

Aber die deutschen Überwacher und Datensammmler haben sich für dieses Jahr noch mehr vorgenommen: Der Entwurf für ein hessisches Gesetzes „über die öffentliche Sicherheit und Ordnung" sieht vor, „zum Zwecke der *vorbeugenden* Bekämpfung von Straftaten" DNA-Proben entnehmen zu dürfen. Auf einer Pressekonferenz erklärte Volker Bouffier (CDU) dass diese DNA-Datei auch mit den Daten strafunmündiger Kinder gespeist werden solle. Dann habe man sie für den Fall der Fälle schon mal erfasst.

Auf Bundesebenene laufen derzeit Kampagnen seitens Polizei und Justiz, per Gesetzesänderung die Erhebung von DNA-Proben generell zu vereinfachen. (telepolis 9.1.)

Urteil wegen Fahndungsplakat

Berlin, 18.12. Ein Mitglied der der Antifaschistischen Aktion Berlin wurde zu 2.400 Euro Strafe verurteilt, weil er an der Herstellung des AAB-Fahndungsplakats gegen Berliner Prügelbullen beteiligt gewesen sein soll. Der Vorwurf gegen ihn lautet Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz, das die Verbreitung von Fotos ohne Zustimmung der Abgebildeten verbietet. Das Plakat war eine Reaktion auf die Internet-Veröffentlichung von Fotos angeblicher Randalierer am 1.Mai in Berlin durch die Polizei.

Stalingrad-Veranstaltung in Halle gestört

Im Rahmen der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in Halle sollte am **9.Januar** eine Veranstaltung des Regisseurs Volker Mayer-Dabisch stattfinden, in der dieser Schauspieler Statements von deutschen Soldaten, russischen Zivilisten und Angehörigen der Roten Armee aus Stalingrad vorlesen lässt. Bei dieser Gleichsetzung von Tätern und Opfern ginge es ihm um „das gemeinsam erfahrene Leid"(!). Aus Protest gegen die

Lesung blockierten einige Leute den Eingang von innen und mit einem Transparent von außen, verteilten Flugbätter und hinderten damit den Regisseur und etwa 25 BesucherInnen am Eintritt. Nach Eintreffen der Polizei und der Verlegung in einen anderen Raum konnte die Mythisierung der Täter zu Opfern, wenn auch verspätet, beginnen.

Protest gegen Riefenstahl-Film

Am **10.Januar** sollte im **Frankfurter** Filmmuseum der Riefenstahl-Langweiler „Fest der Völker" gezeigt werden, der auf Überlänge widerlichsten NS-Kult betreibt. Gegen diese Vorführung, die Teil der Reihe „In memoriam Leni Riefenstahl" ist, und generell gegen die Huldigung der Naziregisseurin protestierten ca. 30 Leute, indem sie Flugbätter verteilten und ein Transparent mit dem Spruch „Riefenstahl denken heisst Auschwitz denken" zeigten. Vier von ihnen blockierten dann eine halbe Stunde lang die Eingangstür, wurden daraufhin von BesucherInnen bepöbelt und nach Abgabe der Personalien durch die herbeigerufene Polizei zum Abbruch der Aktion gezwungen. (indymedia 11.1.)

Hausbesetzung

In **Freiburg** wurde an Anfang Januar ein Haus auf dem Vauban besetzt und eine Party mit 400 Leuten organisiert. Am 13.1. wurde es jedoch wieder geräumt.

Nationalistenkino poppig

Die eigentlich ja ganz toll verschuldete Stadt **Berlin** hat keine Kosten gescheut, am **12.Januar** 1.000 SchülerInnen ins Kino einzuladen, um den National-Kitsch „Das Wunder von Bern" zu schauen – „weil er viel über das Nachkriegs-Deutschland und den Weg zu einem neuem Selbstbewusstsein erzählt", so Kulturstaatsministerin Christina Weiss. Die Gruppe „Popcorn against Germany" protestierte vor demKino und verteilte Popcorntüten, auf denen sich ein kritischer Text an die 400 anwesenden Schüler wandte.

· Neue Termine ·

Tomorrow-Themen

Im tomorrow-Theorie-Café (nur für Jugendliche) gibt es in nächster Zeit folgende Veranstaltungen: **16.1.** „Rassismus und Antisemitismus II"; **23.1.** „Antiamerikanismus"; **30.1.** „Wertabspaltungstheorie und historische Entwicklung der Geschlechterrollen". Die Veranstaltungen finden immer 19 Uhr im B12, Braustraße 20, statt.

Naziaufmarsch in Magdeburg

Aus Anlaß der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg wollen Nazis am **18.Januar** in Magdeburg aufmarschieren. Es soll Gegenaktivitäten geben.

Antisemitenaufmarsch in Hamm

Nazis aus den Kreisen der „Freien Nationalisten" Nordrhein-Westfalens rufen für den **17. Januar** zu einem Aufmarsch unter dem Motto: „Solidarität mit Palästina" auf, Treffpunkt der Nazis ist der Bahnhof Hamm-Bockum-Hövel, Beginn 12 Uhr. Es gibt einen Aufruf zu Gegenaktivitäten, u.a. zu einer überregionalen Demo. Treffpunkt ist hier 11 Uhr am Marktplatz Hamm/Bockum-Hövel. Mehr unter www.no-nazis.de

Proteste gegen WEF

Auch in diesem Jahr gibt es Protestaktionen gegen das World Economic Forum (WEF) in Davos. Am **17.1.** gibt es in verschiedenen Städten einen Aktionstag gegen das WEF (mehr: www.antifa.ch), am **21.1.** ist eine Sitzblockade während der Anreise der Delegierten geplant (www.blockadenetz.ch) und am **24.1.** um 13 Uhr soll es eine Demo gegen das WEF in Chur geben (www.dadavos.ch.vu)
Bereits am **10.1.** hat es in Winterthur eine Demo gegen das WEF gegeben, an der ca. 6-700 Menschen teilgenommen haben. Die Polizei griff die Veranstaltung brutal mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummischrot an, um sie an einem Gang in die Innenstadt zu hindern.

Antifa-Aktionswoche 2004

Auch in diesem Jahr gibt es wieder eine Antifaschistische Aktionswoche, diesmal unter dem Motto „No historical backspin - Gegen Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und Antiamerikanismus".
Mehr Infos: www.antifawoche.de

Olympia und Stadtentwicklung

Am **27.Januar** lädt das Anti-olympische Kommitee **Leipzig** zu einer Info- und Diskussions-Veranstaltung zu Stadtentwicklung und Olympia ein. Es referiert ein Politologe aus Leipzig in Zusammenarbeit mit der LSG und dem Linxxnet. Beginn der Veranstaltung ist 20 Uhr, sie findet in der Moritzbastei, Universitätsstraße, Leipzig statt.

Demo gegen rechte Gewalt und Rassismus in Weimar

Am **31.Januar** findet in Weimar eine Demo unter dem Motto: „Willkommenheißen statt abschieben - Gegen rechte und rassistische Gewalt in Weimar und anderswo und gegen Abschiebungen/Abschiebezentren/Abschiebehaft" statt. Sie beginnt um 14 Uhr am Baudertplatz. Sie wird von „BürgerInnen gegen Rechtsextremismus" organisiert, mehr Infos unter www.weimar-zeigt-sich.de

Naziaufmarsch in Hamburg

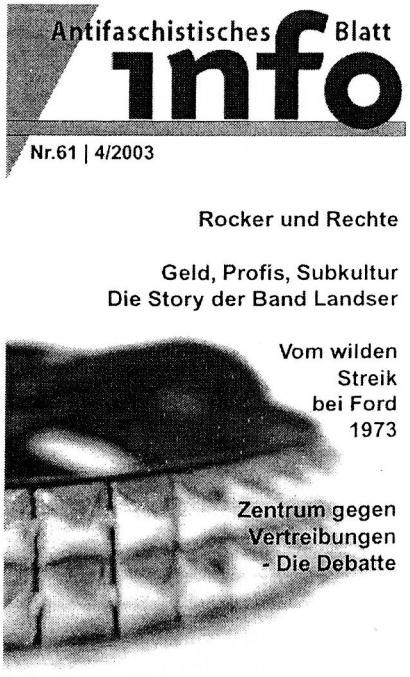
Auch gegen die letzte Station der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" mobilisieren Nazis zu einem Aufmarsch. Am **31.Januar** wollen „Freie Kräfte" (das Aktionsbüro Norddeutschland ruft auf) durch die Hansestadt marschieren, Treff der Birnen ist 12 Uhr am U-Bahnhof Mundsburg.

Demo für AZ in Heidelberg

Die Demo für ein neues selbstverwaltetes Zentrum in Heidelberg findet am Samstag, dem **31.Januar** statt. Treffpunkt ist um 14 Uhr an der Stadtbücherei Heidelberg. Mehr unter www.autonomes-zentrum.org

Überwachung,Vertreibung, Repression und Olympia

Unter diesem Thema findet am **3.Februar** eine Diskussionsveranstaltung des AOK-L im Rahmen der anti-olympischen Reihe „Bevor es zu spät ist" statt. Die in Kooperation mit Re:sistencia organsierte Veranstaltung beginnt 20 Uhr in der Lichtwirtschaft, Stockartstraße 11, **Leipzig**.



Kostenloses Probeexemplar

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3.10 Euro
Abo 15.50 Euro (fünf Ausgaben)

13.Februar in Dresden

Der **13.Februar** in Dresden, Jahrestag der Bombardierung der nazideutschen Stadt 1945, ist zu einem der bedeutendsten Aufmarschtermine der Naziszene nach dem Heß-Aufmarsch geworden. Der wieder von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen resp. Alexander Kleber angemeldete Aufmarsch findet dieses Jahr am **14.Februar,** einem Samstag, statt, es kann also mit einer noch größeren Anzahl auf Naziseite gerechnet werden. Da es an diesem Tag (im Gegensatz zum 13.2.) keine „Allgemeinverfügung", also ein pauschales Verbot von Demonstrationen, für die Innenstadt gibt, führt die Route der Birnen wahrscheinlich zur Frauenkirche. Treffpunkt der Nasen ist 12 Uhr am Zwingerteich (hinter der Semperoper). Als Redner ist u.a. Jürgen Rieger angekündigt, und Frank Rennicke soll klimpern.
Bereits für den 13.2. sind Naziaktivitäten angekündigt: sie wollen 11 Uhr wieder an der städtischen Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof teilnehmen, anschließend soll es eine Saalveranstaltung geben. Dann ist ein Stadtrundgang mit dem stv. Vorsitzenden des „Nationalen Bündnisses Dresden" angekündigt und schließlich darf auch auf den Trauer-Events an der Frauenkirche verstärkt mit Nazis gerechnet werden. Ob es auch am 13.2. einen Aufmarsch der Birnen geben wird, ist nach Ansicht von Antifas noch völlig offen.
Ein erster Anlaufpunkt für counteractivities ist die antifaschistische Kundgebung : 14. Februar ab 11 Uhr am Kulturpalast.
Erstmals gibt es jedoch an diesem 13.Februar eine linke Demo gegen das gemeinsame nationale Trauer-Spektakel von Nazis und BürgerInnen. Unter dem Motto „Den deutschen Opfermythos im Visier - Gegen jeden Geschichtsrevisionismus" wird bundesweit mobilisiert, Treff ist 17 Uhr am Albertplatz (Dresden-Neustadt). Alle Informationen rund um den 13. und 14.Februar findet Ihr unter venceremos.antifa.net
In Leipzig wird es im Vorfeld noch eine Infoveranstaltung geben, Termin folgt.

Naziaufmärsche in Osnabrück und Wilhelmshaven

Im Rahmen der Aufmarschreihe „Heimreise statt Einwanderung - denn deutsche Kinder braucht das Land" wollen NPD und „Freie Kräfte" am **28.Februar** durch Osnabrück und am **20.März** durch Wilhelmshaven marschieren.
Treffs sind 11 Uhr Hbf Osnabrück bzw. 11 Uhr Valouisplatz (Wilhelmshaven).

Naziaufmarsch in Schwäbisch Hall

Die „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" will am **6.März** gegen ein linkes Jugendzentrum aufmarschieren. Treff der Nazis 12 Uhr Markt.

Naziaufmärsche in Leipzig

Ja, es ist wieder Worch. Am **1.Mai** will er wieder ein paar Hundert Birnen durch Leipzig marschieren lassen. Treffpunkt ist wie üblich 12 Uhr am Hauptbahnhof. Parallel findet ein Großaufmarsch der Nazis in Berlin statt, zu dem die NPD und der nicht Worch-freundliche Teil der Freien Kameradschaften aufrufen.
Als Vorankündigung: Worch hat auch für den ***3.Oktober*** *wieder einen Aufmarsch in Leipzig angemeldet!*

Naziaufmarsch in Berlin

Der Aufmarsch am **1.Mai** soll unter dem Motto stehen, endlich mal die nationalen Grabenkämpfe zu überwinden und gemeinsam präsent zu sein. (Naja, Worch hatte seinen Aufmarsch nach eigenen Angaben schon ein halbes Jahr eher angemeldet.)
Treff der Nazis ist 11 Uhr am Ostbahnhof. Redner sind neben NPD-Chef Udo Voigt und dessen Stellvertreter Holger Apfel auch Größen aus den Reihen der Freien Kameradschaften wie Thomas Wulff und Ralf Tegethoff.

das antifa infotelefon leipzig:
info-output: [tel] 0341-3068235 - [web] www.free.de/infotelefon
info-input: [tel+fax] 0341-3068237 - [mail] infotelefon@firemail.de - [post] IT / PSF 101417 / 04014 Leipzig
GAMMA ist in Leipzig zu haben im B12, Conne Island, Infoladen, Linxxnet und in der Lichtwirtschaft.

links:
Infotelefon GARFIELD (Rhein-Neckar-Raum): 06272-3559. Antifa-Infotelefon Berlin: 030-275 6075 6. Termine auch unter: www.left-action.de